

Laibacher Zeitung.



Nr. 257.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstaltung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 8. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Amtlicher Theil.

Der Justizminister hat die bei dem Kreisgerichte in Schrudim erledigte Landesgerichtsrathsstelle dem Prager Landesgerichtsrathe Anton Schroll im Wege der angesuchten Uebersetzung verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 7. November.

In Ungarn vollziehen sich parlamentarische Ereignisse, von welchen wir Act nehmen müssen. Der unvermeidliche und von dem Ministerium wie von den Deputirten gefürchtete Kampf zwischen Parlamentarismus und der Comitats-Autonomie ist im ungarischen Abgeordnetenhanse geschlagen. Das Ministerium hat, wie schon jetzt gesagt werden kann, gesiegt. Die parlamentarische Regierung hat gegenüber der avitischen Selbständigkeit der Comitats das Feld behauptet, Dank namentlich der glänzenden Rede von Cótvos, dem Verfasser des berühmten Romans „Der Dorfnotar“, welcher zuerst es wagte, darzutun, daß Recht, Freiheit und Fortschritt mit den — wenn auch uralten — Mißbräuchen der Comitatswirtschaft und Coterie-Interessen nicht verträglich sind. Letztere sind etwas ganz anderes, als die Selbstverwaltung, welche die parlamentarische Regierung nicht antastet, sondern vielmehr auf die einzelnen Gemeinden ausdehnen will. Zunächst aber wird es nöthig sein, die Comitats auf demokratischer Grundlage zu reorganisiren, damit sie aufhören, die Brutstätten des Cliqueswesens, des Nepotismus zu sein. Die unmittelbare Bedeutung und Wirkung der gegenwärtigen Debatte wird aber sein, daß den Comitatsversammlungen als Localparlamenten fortan nicht mehr gestattet ist, über Maßregeln der Regierung abzuurtheilen, also ein Recht zu usurpiren, welches in einem parlamentarischen Lande nur dessen Centralvertretung zustehen kann.

Zu Italien ist der erste Act des großen Drama's ausgespielt. Die „Triester Zeitung“ bringt in einer Florentiner Correspondenz vom 5. d. über den Hergang Nachrichten, welche zwar mit den Meldungen der Florentiner Blätter nicht ganz zusammenstimmen aber dafür den Werth der Unparteilichkeit für sich haben, weil sie aus höchst lauterer und verlässlicher Quelle herrühren. Nach diesen Mittheilungen hatte Garibaldi durchaus nicht im Sinne, den Bitten der Regierung und dem Rathe seiner Freunde zu folgen und sich auf italienisches Gebiet zurückzuziehen, die Waffen niederzulegen und auf weitere Unternehmungen zu verzichten, sondern er wollte, die Unhaltbarkeit seiner Stellung einsehend, sich mit seinen Freischaaren in die Abruzzen werfen, von dort einen Guerillakrieg im Großen gegen die päpstlichen Truppen und selbst gegen die Franzosen beginnen, mit Hilfe einer revolutionären Bewegung im Neapolitanischen seine Schaaren verstärken und den sogenannten Volkskrieg in Scene setzen. So verrückt der Plan war, so ungeschickt war die Ausführung, und abgesehen von den ungeheuren politischen und moralischen Fehlgriffen, die Garibaldi gethan, war auch die militärische Ausführung seines Planes eine so klägliche, daß berechnete Zweifel an den militärischen Fähigkeiten, ja an dem einfachen gesunden Menschenverstande Garibaldi's aufsteigen. Die Vorbereitungen zu dem Abmarsche aus Monte rotondo wurden mit einer Offenheit betrieben, als gälte es, ein Friedensmanöver auszuführen. Die Deckungs- und Vorsichtsmaßregeln waren ganz versäumt. Die Expedition wurde in einer Regellosigkeit und Unordnung angetreten, daß es den päpstlichen Truppen ein Leichtes war, die ganze Expedition über den Haufen zu werfen.

Mit 5000 — nicht 3000 — Freiwilligen marschirte Garibaldi am 3. d. Morgens aus Monte rotondo ab, die Straße gegen Tivoli einschlagend, auf welcher er sich in das Neapolitanische zurückziehen und in die Abruzzen werfen wollte. Gegen Mittag stieß er auf eine, etwa 6000 Mann starke Abtheilung päpstlicher Truppen, welche, sich in seine Stellung zwischen Monte rotondo und Tivoli einschleibend, ihn in der Front angriffen.

Garibaldi versuchte nun, seinen rechten Flügel vorschleibend, die päpstlichen Truppen von der nach Tivoli führenden Straße abzudrängen, das Manöver mißlang aber vollständig und gab einer zweiten ungefähr 3000 Mann starken päpstlichen Colonne Gelegenheit, ihn in

der Flanke zu fassen und ihm den Weg nach Tivoli gänzlich abzuschneiden. Was nun geschah, kann füglich mit dem Ausdrucke „allgemeine Confusion“ bezeichnet werden; es wurde von Seite der Freiwilligen nicht mehr nach einem Plane, sondern in ungeordneten Haufen gekämpft. Ein Theil suchte die gegen Tivoli stehenden päpstlichen Truppen zu durchbrechen und den Rückzug in die Gebirge zu forciren, mußte aber bald von diesem Versuche abstehen und wurde theils niedergemacht, theils gefangen, ein anderer Theil suchte auf der einzig offenen Straße gegen Acquapendente und Orte durchzukommen und sich auf die italienischen Truppen zurückzuziehen, erlitt hierbei aber große Verluste, da es den Garibaldianern an Cavalerie und Artillerie fehlte, um den Rückzug zu decken, der Rest schrieb das „rette sich, wer kann“ auf seine Fahnen und zerstreute in wilder Flucht.

Fassen wir nun das Resultat des Kampfes kurz zusammen, so finden wir, daß 5000 Garibaldianer ungefähr 9000 Mann päpstlicher Truppen entgegenstanden und von diesen nach verschiedenen Richtungen zerstreut wurden. Was den Verlust der Garibaldianer betrifft, so ist derselbe bloß an Todten und Verwundeten mit 500 sehr ungenau angegeben, da er in Wirklichkeit nahezu das Doppelte beträgt. Außerdem fielen mehrere hundert Gefangene in die Hände der Päpstlichen und wird diese Zahl stündlich vermehrt, da die nach allen Weltgegenden verlaufenen Garibaldianer fortwährend neue Gefangene in den Händen der Päpstlichen zurücklassen. Auf italienisches Gebiet sind bisher kaum 2000 Mann Freiwillige zurückgekehrt.

Garibaldi selbst ist entkommen und befindet sich seit gestern (4. d.) auf italienischem Gebiete. Einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge gedenkt die Regierung ihm den Proceß zu machen, und sie kann dies ohne Gefahr thun, da seine unvernünftige Halsstarrigkeit, seine rebellische Auflehnung gegen alle Rathschläge der Klugheit die Sympathien, welche er bisher genoß, bedeutend geschwächt hat. Mit vollem Rechte beschuldigt man ihn, Schmach und Unglück über Italien gebracht, viele Hunderte unerfahrene junge Leute zur Schlachtbank geführt, unzählige Familien in Trauer versetzt zu haben, alles um seinem Ehrgeize, seiner Halsstarrigkeit zu fröhnen, seinen Leidenschaften zu genügen. Seine vertrautesten Freunde, die ganze Nation riefen ihm seit einigen Tagen ein unausgesetztes stehendes „Zurück“ zu, Garibaldi hat diese Stimmen unbeachtet gelassen, er hat sich über das Gesez, über die öffentliche Meinung gestellt, seinen militärischen Ruhm, ja selbst seinen guten Ruf als Patriot verscherzt.

15. Sitzung des Herrenhauses

vom 5. November.

(Schluß.)

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Commissionsbericht über den Entwurf des Staatsgrundgesetzes, betreffend die Einsetzung des Reichsgerichtes.

Freiherr v. Krauß erstattet den Bericht. Die Commission tritt den Beschlüssen des Abgeordnetenhanse mit einiger Abänderung des § 5 bei, nach welchem das Herrenhaus nur zum Vorschlage eines Drittels der zu ernennenden Mitglieder des Reichsgerichtes ermächtigt wird. Die Commission empfiehlt statt dessen das Vorschlagsrecht eines gleichen Theiles der Mitglieder des Reichsgerichtes und der Ersatzmänner. Die Zahl der Letzteren wird zu diesem Behufe von 3 auf 4 erhöht. Die Generaldebatte wird eröffnet.

Freiherr v. Hoß weist in der Generaldebatte auf den complicirten Mechanismus hin, der durch die verschiedenen Gerichtshöfe geschaffen wird und vertheidigt den Staatsrath. Er sagt unter Anderem:

„Ich kann nicht in diesem Augenblicke in die Einzelheiten des Staatsrathes eingehen. Das aber kann ich sagen gerade gegenüber den Neußerungen, die im andern Hause gefallen sind, daß gerade in der letzten Unglücks-epoche unseres Reiches der Staatsrath öfter Gelegenheit hatte und sie nie versäumte, die Grundsätze des Rechtes und der Freiheit und die vom früheren Ministerium stark gefährdeten finanziellen Interessen des Reiches mit Unabhängigkeit und Nachdruck zu vertheidigen.“

Erwarten Sie von mir in dieser Richtung keinen bestimmten Antrag, denn die Existenz des Staatsrathes ist in diesem Hause nicht gefährdet worden. Was ich beantragen würde, wäre nicht die Fortexistenz desselben in seiner bisherigen Gestalt, sondern eine gänzliche Um-

gestaltung, eine Erweiterung seiner Befugnisse, eine gänzliche Umgestaltung der Art seiner Zusammensetzung.

Und endlich muß ich noch wiederholen: Wenn auch meine Ueberzeugung nicht immer mit den Ansichten des andern Hauses übereinstimmt, ich möchte nicht derjenige sein, der Ihnen rath mit den Ansichten dieses Hauses in Conflict zu treten. Es kann vielleicht Angelegenheiten geben, wo das Gewissen einer großen Anzahl von Ihnen abräth, diesem oder jenem Antrag des andern Hauses beizutreten; allein lassen wir dies auf die wichtigeren Punkte und rufen wir nicht Differenzen hervor, welche nicht nothwendig sind. Ich wünsche nur, daß in dem andern Hause gleich mir sich ebenso Stimmen erheben mögen, welche die Eintracht und das Zusammenwirken der beiden Glieder des Reichsrathes ebenso warm befürworten als ich es thue.“

Berichterstatter Freiherr v. Krauß. Die vom Vorredner gemachten Bemerkungen in Betreff der Vielfältigkeit der Gerichte sind auch von der Commission gewürdigt worden. Man ist aber doch zur Erkenntniß gekommen, daß die Verschiedenartigkeit der Gegenstände auch verschiedenartige Gerichte nothwendig mache.

Die Specialdebatte wird eröffnet.

Zum Titel des Gesetzes ergreift das Wort Graf Re ch b e r g und spricht gegen den Titel: Staatsgrundgesetz. Für den Fall der Annahme des vorgeschlagenen Titels müßte er den Antrag stellen, daß das Gesetz nur mit einer Majorität von zwei Dritteln angenommen werde.

Ritter v. Schmerling und Freiherr v. Lichtenfels erklären sich für die einfache Majorität, denn in diesem Entwurfe liege nirgends eine Abänderung des Gesetzes über die Reichsvertretung vor. Anders würde sich die Sache verhalten, wenn jener Paragraph des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zur Abstimmung kommen wird, in welchem gesagt sei, daß alle diese Gesetze nur mit Zweidrittelmajorität abgeändert werden können. Zu diesem Paragraph wird eine Majorität von zwei Dritteln Stimmen erforderlich sein.

Präsident: Ich muß mir hier erlauben, meine Ansicht dahin auszusprechen, daß ich mich vollkommen den Anschauungen Sr. Exc. des Ritters v. Schmerling und Sr. Exc. des Freiherrn v. Lichtenfels anschließe, nämlich daß eine Zweidrittelmajorität erst dann nothwendig sein werde, wenn die wirkliche Revision des Februarpatentes vor sich gehen wird. Diese fast natürlich diese Gesetze, welche einstweilen entstanden sind, zusammen. Das Schicksal dieser Gesetze wird aber durch den Art. 15 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung entschieden, in welchem gesagt ist, daß sie als Staatsgrundgesetz angesehen werden und nur durch Zweidrittelmajorität abgeändert werden können, über welchen Paragraph das hohe Haus mit Zweidrittelmajorität zu entscheiden haben wird.

Nachdem noch der Berichterstatter Frhr. v. Krauß in demselben Sinne gesprochen, wird bei der hierauf über den Titel vorgenommenen Abstimmung der Titel des Gesetzes mit Majorität angenommen.

Die Einleitung des Gesetzes so wie die Artikel 1, 2, 3 und 4 werden ohne Debatte (conform mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhanse) angenommen.

Artikel 5, welcher von der Zusammensetzung des Reichsgerichtes spricht, kommt zur Verhandlung.

Nachdem Graf Hartig und Ritter v. Schmerling für die Abänderung des Commissionsantrages, Fürst Jablonowsky und Graf Re ch b e r g dagegen gesprochen, vertheidigt Berichterstatter Frhr. v. Krauß den Commissionsantrag.

Von einer Schmälerung der Rechte Sr. Majestät könne hier gar nicht die Rede sein, sondern es handelt sich nur um die Frage: welche Factoren als competent erklärt werden sollen, Sr. Majestät zur Ausübung des Rechtes der Krone einen Vorschlag zu machen. Die beiden Häuser werden wohl in der Lage sein, ohne Parteilichkeit unabhängige Männer vorzuschlagen, und es ist somit kein Grund vorhanden, vom Commissionsantrage abzugehen.

Art. 5 wird hierauf nach dem Commissionsantrage angenommen. Ebenso Art. 6.

Präsident schließt die Sitzung um 2 Uhr 30 M. bestimmt, die nächste Sitzung für morgen und legt auf die Tagesordnung: Wahl der Commission zur Vorberathung des Strafgesetzentwurfes; zweitens: Bericht der Commission über den Entwurf des Staatsgrundgesetzes in Betreff der richterlichen Gewalt.

16. Sitzung des Herrenhauses

vom 6. November.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz Herr Kriegsminister Freiherr v. John und Oberst-Auditor Zatloukal.

Präsident Fürst Karl Auersperg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Schriftführer Ministerialrath Rubin verliest das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wird.

Der Einlauf wird mitgetheilt.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses theilt den von diesem Hause über § 120 St. P. O. gefaßten Beschluß mit. (Wird der juridischen Commission zugewiesen.)

Fürst Jablonowski überreicht die Petition der Gemeinde Goritz (West-Galizien), dahin gehend, daß die Bestimmungen über die Volks- und Mittelschulen der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben.

Fürst Sanguszko überreicht eine Petition des selben Inhaltes von Seite der Gemeinde Neu-Sandec.

Die beiden Petitionen werden der Commission für Ehe- und Schulgesetz zugewiesen.

Präsident theilt mit, daß die in der gestrigen Sitzung gewählte Commission zur Vorberathung des Ehe- und des Schulgesetzes sich constituirt und den Ritter v. Schmerling zum Obmann, den Frhrn. v. Lichtenfels zum Obmannstellvertreter gewählt habe.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist die Wahl des Strafgesetzausschusses.

Präsident beantragt die Wahl von 9 Mitgliedern für diesen Ausschuß.

Dieser Antrag wird angenommen und sogleich zur Wahl geschritten.

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest der Schriftführer das Wahlprotokoll.

Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Als gewählt erscheinen: Freih. v. Lichtenfels (54), Freih. von Resti-Ferrari (54), Ritter v. Hasner (53), Freih. von Krauß (53), Ritter v. Schmerling (53), Fürst Jablonowski (52), FML. Graf Mensdorff (44), Graf Wickenburg (43), Graf Mercandin (40).

Regierungsrath Arndts überreicht die Petitionen von 7 Gemeinden Böhmens gegen die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Besetzung über Ehe und Schule.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der juridischen Commission über den Entwurf des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt.

Berichterstatter Ritter v. Schmerling verliest den Bericht.

In der Generaldebatte ergreift niemand das Wort, weshalb sogleich zur Specialdebatte geschritten wird.

Der Titel und die Ueberschrift des Gesetzes werden ohne Debatte angenommen, ebenso Artikel 1 und 2 conform mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Art. 3 wurde von der Commission abgeändert Er lautet nach dieser Fassung:

„Der Wirkungsbereich der Militärgerichte wird durch besondere Gesetze bestimmt.“

Berichterstatter Ritter v. Schmerling verliest aus dem Berichte die Motive, welche die Commission zu dieser Aenderung bewegen.

Se. Exc. Kriegsminister Freiherr v. John ergreift das Wort um zu erklären, daß auch die Regierung mit der Fassung der Commission sich einverstanden erklärt.

(Schluß folgt.)

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 5. November.

(Schluß.)

Abg. Wende erstattet den Bericht über die Abänderungen, welche das Herrenhaus an dem Gesetze über den § 120 St. P. O. (Zeugenpflicht der Militärpersonen) vorgenommen.

Se. Excellenz der Kriegsminister ergreift das Wort und vertheidigt die Anträge der Herrenhauses in sehr energischer Weise.

Ihm erwidert Dr. Rechbauer.

Abg. Dr. Berger sagt unter anderem: Der Herr Kriegsminister meint, Gesetze müssen den Interessen derjenigen entsprechen, für die sie gemacht worden. Ich bin derselben Ansicht. Allein wir machen nicht ein Gesetz für Militärzeugen, sondern für die öffentliche Strafrechtspflege, begründet auf den Principien der Oeffentlichkeit und Unmittelbarkeit. In diesem Augenblicke nun, wo wir daran gehen, ein altes Vorurtheil in der Armee zu beseitigen, wird von Seite desjenigen Standes, den der Herr Kriegsminister vertritt, gerade für diesen Stand ein neues eigenthümliches Privilegium in Anspruch genommen.

Nach der gegenwärtigen Strafproceßordnung untersteht der Staatsanwalt bloß dem Oberstaatsanwalt und dem Justizministerium. Nach diesem Beschlusse des Herrenhauses wird der Staatsanwalt auch unter das Militär-Commando gestellt, und das scheint nun dem Justizminister entgangen zu sein, als er die neue Straf-

proceßordnung vorlegte, weil ich mir kaum denken kann, daß ein Justizminister einer solchen Verwirrung der bureaukratischen Hierarchie seine Zustimmung geben könnte. (Heiterkeit.)

Ich kann mir auch nicht denken, daß die öffentliche Sittlichkeit, Schamhaftigkeit oder irgend etwas verletzt ist, was der § 224 als Grund der geheimen Schlußverhandlung angibt, wenn ein Soldat als Zeuge vor Gericht erscheint.

Wenn ich diese Lotterielogik in eine sprachliche auflöse, so sagt sie: Sobald ein Militärzeuge in einer Schlußverhandlung vernommen werden soll, so ist die öffentliche Sicherheit gefährdet (große Heiterkeit). Du sublime au ridicule il n'y a qu'un pas (vermehrte Heiterkeit).

War denn die öffentliche Sicherheit beispielsweise im bekannten Proceße Richter gefährdet?

Zu Gegentheil; hatte nicht die Schlußverhandlung eine Menge Dinge zum Vorschein gebracht, die, wenn man sie beherzigt hätte, geeignet waren, die öffentliche Sicherheit für die Zukunft im hohen Grade zu festigen?

Man scheue daher nicht die Oeffentlichkeit, wenn sie auch einen so sensiblen Körper betrifft, wie denjenigen, den der Herr Kriegsminister vertritt.

Was wir aber scheuen müssen, ist, daß das kostbare Gut der Oeffentlichkeit irgend wie in Frage gestellt wird. Die neue St. P. O. hat hier allerdings ein geniales Auskunstmittel getroffen.

§ 219 des Entwurfes citirt nämlich an jener Stelle, wo er dem Staatsanwalt das Recht erteilt, auf eine geheime Schlußverhandlung anzutragen, den § 225 des neuen Entwurfes.

§ 225 kennt aber 2 Gründe der geheimen Schlußverhandlung, nämlich Gründe der Sittlichkeit und öffentlichen Sicherheit, und bei den letzteren citirt der § 225 den § 219.

Kriegsminister Freiherr v. John: Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es, um die irrige Voraussetzung zu berichtigen, als ob mit dem Antrage des Commandanten auf eine geheime Verhandlung auch das Gericht schon die Verpflichtung hätte, eine solche anzunehmen. Ich deutete eben auf die vielen subjectiven Gründe, die bei dem Militärstande obwalten können, welche es wahrscheinlich dem Gerichtshofe wünschenswerth machen werden, eine geheime Verhandlung außer den im § 224 citirten Fällen anzuberaumen. Sie werden nicht verkennen wollen, meine Herren, daß es das Ansehen eines höhergestellten Officiers untergraben heißt, daß es das Ansehen und die Disciplin in der Armee lockern heißt, wenn ganz ungerechtfertigter Weise, wie es ein Beispiel aus den jüngsten Tagen zeigt, sich ein höhergestellter Officier vor Gericht zu rechtfertigen hat, daß er nicht wegen des ihm angeschuldigten Verbrechens im Disciplinarwege bestraft worden sei. Sie werden, meine Herren, das Ansehen der Officiere auf diese Art wenig fördern.

Der Berichterstatter Wende erklärt sich entschieden für die Ablehnung der Herrenhausanträge.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag nahezu einstimmig angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des volkwirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag des Frh. v. Tinti, betreffend die Arrondirung von Grundstücken.

Für das Gesetz sprechen Kreczjunowicz, Toman, und Tunner, gegen dasselbe Ryger.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, stellt der Abgeordnete Lohninger mit Rücksicht darauf, daß die Generaldebatte über diesen Gegenstand sich noch länger hinausziehen dürfte, den Antrag, die Sitzung zu schließen, damit eine Verständigung der entgegengesetzten Ansichten stattfinden könne.

Dieser Antrag wird angenommen.

Präsident erklärt, der Ausschuß zur Vorberathung des von der reichsräthlichen Deputation vorgelegten Berichtes habe in der letzten Woche keine Sitzung gehalten, und da es wünschenswerth sei, daß derselbe morgen zu einer Sitzung zusammentrete, so wolle er die nächste Plenarsitzung nicht für morgen bestimmen.

Abgeordneter v. Kaiserfeld bemerkt, dies sei nur deshalb nicht geschehen, weil eine von der Regierung erwartete Vorlage erst gestern an den Ausschuß gelangte.

Präsident bestimmt als nächsten Sitzungstag Freitag.

Oesterreich.

Wien, 5. Nov. (In der heutigen Congregation des Pester Comitats) wurde ein Erlaß des Ministers des Innern verlesen, worin erklärt wird, daß in Folge des gestrigen Comitatsbeschlusses die Entsendung eines königlichen Commissärs überflüssig sei, und daß diesbezüglich Sr. Majestät ein Vortrag unterbreitet werden wird; schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß der gestern gefaßte Beschluß auch in Vollzug gesetzt wird; die Regierung sehe der Vorlage der diesbezüglichen Protokolle entgegen; der Erlaß wurde dem ersten Vicegespan zur Danachachtung übergeben. Alle Diejenigen, welche sowohl im Sinne des Gesetzes als auch der Justiz-Ministerial-Verordnung vom 17. März für das Geschwornengericht qualificirt sind, werden durch öffent-

liche Kundmachung der Präsidenten der hiesigen Conscriptio-Commission eingeladen, sich am 18., 19. und 20. d. M. zu melden, damit ihre Namen in die Geschwornenlisten eingetragen werden.

Rusland.

Turin, 1. November. (Eine neue Demonstration.) Der „A. A. Ztg.“ wird geschrieben: Auf die Gefahr hin, Sie zu ermüden, muß ich Ihnen neuerdings von einer Demonstration berichten, die gestern Abends hier statt hatte und mit einem bedauernden Gewaltact schloß. Im Laufe des Nachmittags hatte die Musikbande der Nationalgarde beim Aufziehen der Wache im Municipalpalast ihre üblichen Musikstücke gespielt und wollte auseinander gehen, als die versammelte Menge lärmend die Garibaldi-Hymne verlangte. Capellmeister und Musikanten fügten sich und die Hymne wurde zweimal unter rauschendem Beifall abgespielt und abgejungen. Abends war die halbe Bevölkerung Turins auf den Straßen und Plätzen der Stadt versammelt. Doch wollte sich keine rechte Demonstration gestalten, da die Studenten wie auch ein großer Theil der Arbeiter einer solchen abgeneigt waren, weil man wußte, daß die Nothen etwas im Schilde führten. Gegen 9 Uhr drang denn auch ein zahlreicher Haufen gegen das Stadthaus vor, und zwar ohne Fahne und ohne Geschrei. Der Haufen umringte sofort das kolossale marmorne Standbild Victor Emanuels unter dem Atrium des Palastes. Ein im Gesicht geschwärtzter junger Arbeiter stieg auf das Piedestal, zog ein Handbeil unter seinen Kleidern hervor und schlug auf die Hand und den Säbel los, so daß letzterer herunterfiel. Die versammelte Menge brach in laute Verwünschungen aus und der herbeigeeilten Nationalgarde gelang es, sich Bahn durch die Beschützer des Frevelers zu brechen und denselben in Gemeinschaft mit einem Soldaten, welcher sich durch scanda löse Rufe gegen den König auszeichnete, zu verhaften. Derselbe ist Blechschmied und erklärte von seinem Meister zur Ausführung der Heldenthat verleitet worden zu sein. Die heutigen Blätter sind empört über das Vorgefallene und suchen thunlichst die Schmach von Turin abzuwaschen.

Rom, 30. October. (Französische Intervention. — Beängstigungen. — Gäste in Vatican. — Garibaldi.) Die noch gestern über Rom hin- und herziehenden drohenden Gewitterwolken zerstreuen sich, seitdem aus Civitavecchia die in diesen Tagen so oft dagewesene und ebenso oft verfrühte Nachricht von der Ankunft einer französischen Flottenabtheilung mit Landungstruppen auf amtlichen Wege eintraf. Wir erwarteten noch gestern eine Explosion des hier noch verborgen gehaltenen revolutionären Zündstoffes, deshalb waren die sämtlichen päpstlichen Truppen aus den entferntesten Garnisonen der Provinzen in die Stadt gezogen, Hausdurchsuchungen wurden wieder aufgenommen, eine auf Monte Citorio, da man besorgte, eine Mine sei in einem Keller verborgen, um die Hauptwache auf Piazza Colonna in die Luft zu sprengen. Ich höre, der Verdacht bestätigte sich nicht. Inzwischen hatten sich alle Cardinäle um den Papst im Palast des Vaticanus zusammengesunden und richteten sich für den Augenblick dort ein; auch dem König von Neapel und seinen Verwandten waren einige Gemächer ebendort angewiesen. Mittlerweile wurden Garibaldi's Streifcolonnen bereits bei der Basilica San Lorenzo fuori le Mura gesehen. Seine Absicht war, die Porta del Popolo und Porta Pia anzugreifen, doch plötzlich ließ er zum Rückzug nach Monte Rotondo blasen. Hier richteten sich nun die gesenkten Häupter wieder auf, ob aber voll Vertrauen auf eine bessere Zukunft, wage ich nicht zu versichern. Man athmet zwar wieder freier, allein die weiter sehen wollen, sind überzeugt, daß man den Papst eben da haben wollte, wo er jetzt durch die Ereignisse hingedrängt steht: man werde ihm die Provinzen nehmen und uns die Hauptstadt lassen, die im fünften und letzten Acte des römischen Drama's zu fallen bestimmt sei. Von den französischen Landungstruppen, welche dem officiellen Giornale nach bereits gestern ausgeschifft wurden, war übrigens heute bis um halb 3 Uhr Nachmittags noch kein Mann aus Civitavecchia hierhergekommen.

Haag, 5. November. (Kammersitzung.) Bei der Budgetberathung des Stats des Ministeriums des Aeußern erklärte der Minister bezüglich der Luxemburger Gelegenheit, die Regierung ließ sich durch die Interessen des Landes leiten. Die freundschaftlichen Gesinnungen der Nachbarstaaten dauern ungeschwächt fort. Der Minister verweigerte die Vorlage der Actenstücke, er erklärte ferner, es wären Gesandtschaften an den süddeutschen Höfen nothwendig.

St. Petersburg, 5. Nov. (Verschiedenes.) Ein kais. Befehl ordnet die sofortige Schließung der russischen Post-Expeditionen in Rumänien an und sistirt die Beförderung allerlei Correspondenz nach Constantinopel über Rumänien. Alles geht jetzt über Odeffa. — Die russische Regierung anerkannte die Kriegs- und Kaufschiffe-Flagge des norddeutschen Bundes. — Der König und die Königin von Griechenland verbleiben bis 8. November hier. Sie treffen in Warschau mit der auf der Rückreise nach St. Petersburg begriffenen Kaiserin von Rußland zusammen. — Der „Golos“ erhielt heute eine Verwarnung wegen seines scharfen Tabels der Politik Kaiser Napoleon's in der italienischen Frage.

Constantinopel, 5. November. (Antwort betreffs Kreta.) Es verlautet, die Pforte habe die letzte Note der vier Großmächte bereits, und zwar lediglich mit dem Hinweis auf den Inhalt der jüngst an die Kreter erlassenen Proclamation des Großveziers Ali Pascha, beantwortet. — Heute empfing der Sultan den belgischen Gesandten Baron Greindl in Audienz.

Tagesneuigkeiten.

(Unerhöchste Spenden.) Se. Majestät der Kaiser haben den durch Hagelschlag verunglückten Bewohnern von Mailberg in Niederösterreich eine Unterstützung von tauzend Gulden und den durch Feuer verunglückten Bewohnern der Gemeinde Frainersdorf eine Unterstützung von fünfhundert Gulden allergnädigst zu bewilligen geruht. — Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Wiener Frauenwohlthätigkeitsvereine einen Betrag von achthundert Gulden allergnädigst zu bewilligen geruht.

(Hofnachrichten.) Se. I. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig von Toskana sind am 3. d. von höchstlicher Reise nach Atrilla wieder in Prag angekommen. — Der König Georg von Hannover und Gemalin werden während ihres Aufenthaltes in Wien, über dessen Dauer noch keine Bestimmung vorliegt, Appartements in der Hofburg beziehen. Ihre Majestäten treffen am Sonntag mit einem kleinen Gefolge in Wien ein. — Am 5. d. traf die Großfürstin Helene von Rußland mit Gefolge und Dienerschaft in Wien ein und stieg im Hotel „zum goldenen Lamm“ ab. — Die Königin von Neapel hat Rom wieder verlassen und sich zu der Baronin Adolph Rothschild auf deren Schloß Prégny am Genfer See begeben.

(Auszeichnungen.) Die „Wiener Btg.“ vom Mittwoch enthält ein kaiserliches Handschreiben an den Reichstangler, in welchem Se. Majestät die Befriedigung ausdrücken, mit welcher Sie bei Ihrem Besuche der Pariser Ausstellung von den Fortschritten der österr. Thätigkeit auf dem Gebiete der Kunst, Bodenproduction und Industrie sich überzeugt haben. Aus diesem Anlasse verleiht Se. Majestät eine große Anzahl von Auszeichnungen, die die „W. Btg.“ in langer Reihe veröffentlicht. Die besondere Anerkennung ist bekannt zu geben an 40 Personen oder Unternehmungen. Ferner verleiht Se. Majestät: Einen Orden der eisernen Krone 2. Classe, 11 Komthurkreuze des Franz Josephordens, 5 Orden der eisernen Krone 3. Classe, 32 Ritterkreuze des Franz Josephordens, 18 goldene Verdienstkreuze mit der Krone und 24 einfache goldene Verdienstkreuze.

(Zum Prozesse „Pelta.“) Das l. l. Oberlandesgericht in Wien hat das Urtheil der ersten Instanz wider Valerian Pelta von Dorio der Schuldfrage nach beläufig, dagegen die Strafe von 3 Jahren auf 1 Jahr schweren Kerkers herabgesetzt.

(Die Leiche des Kaisers Maximilian.) Die „Wiener Med. Wochsch.“ schreibt: Die letzten Nachrichten, die uns von Dr. Basch, dem letzten Leibargte des Kaisers Maximilian, zukommen, sind aus Mexico vom 27. Septembris datirt. Dr. Basch schreibt, daß er mit dem Vice-Admiral Legathoff seine Rückreise anzutreten hoffe; er bezweifelt, daß die Leiche des unglücklichen Kaisers ausgeliefert werde, indem Suarez das Verlangen stellt, daß der Kaiser von Oesterreich in einem eigenhändigen Schreiben sich betreffs der Auslieferung der irdischen Ueberreste an ihn (Suarez) wende. Da diesem Verlangen bisher nicht entsprochen wurde, oder wenigstens nicht in der Art, wie es die mexicanischen Machthaber wünschen, so dürfte wahrscheinlich die Mission Legathoff's als gescheitert zu betrachten sein. Dr. Basch hat die Absicht, nach seiner Rückkehr wieder als Secundar-Arzt des allgemeinen Krankenhauses seine frühere Thätigkeit aufzunehmen.

(Zur Geschichte des Jahres 1866.) Der soeben erschienene erste Band des von dem österreichischen „Generalstabsbureau für Kriegsgeschichte“ in Angriff genommenen Wertes: „Oesterreichs Kämpfe 1866“ umfaßt die politischen Ereignisse vor dem Ausbruch des Krieges, die Organisation der Armeen der kriegführenden Theile, die Rüstungen und den Aufmarsch des österreichischen und des preussischen Heeres und die Occupation von Hannover und Kurhessen bis (einschließlich) zum Treffen von Langensalza. In dem Vorwort, welches das Werk einleitet, fällt der Passus in die Augen: „Die Zeit wird lehren, was von den neuen Verhältnissen gesund und lebensfähig ist, und was nicht; sie wird erweisen ob Deutschland ohne Oesterreich, das durch Jahrhunderte sein bestes Blut und seinen ganzen Wohlstand für Deutschlands Größe und Unabhängigkeit geopfert hat, stark genug sei, sich inmitten der europäischen Staatengesellschaft zu consolidiren und zu erhalten; die Zeit endlich wird es zeigen, ob das große deutsche Volk jener strammen Centralisation fähig ist, der es unterworfen werden soll. Wie dem aber auch sei, Oesterreich wird in der Zukunft frei und unabhängig mit seiner ganzen und ungeheilten Kraft da eintreten können, wo es als sein eigenes Interesse erscheint.“ An einer anderen Stelle wird von einem letzten Ausgleichsversuche berichtet, der von preussischer Seite, etwa am 9. Juni, gemacht worden sein soll, also zu einer Zeit, als die Occupation Polens bereits vollendete Thatsache war und sich Oesterreich eben anschickte, seinen Mobilisierungsantrag in Frankfurt zu stellen. Es heißt darüber: „Um diese Zeit traf, durch Se. Majestät den König von Preußen persönlich abgesandt, der Bruder des FML. Baron Gabels in Wien mit Propositionen ein, welche die Abtretung Polens an Preußen gegen eine Geldentschädigung, dann die Theilung des Präsidiums in Deutschland nach Nord und Süd zwischen Preußen und Oesterreich zum

Gegenstande hatten.“ Von ganz besonderem Interesse ist ein schon zu Anfang des April von dem Chef der Operationskanzlei Benedek's, General Krizmanic, verfaßter, viele Bogen füllender Operationsplan der Nordarmee, der, wie es in dem Geschichtswerke heißt, „in der That so ziemlich der Leitfaden für die Operationen der Nordarmee blieb.“ Alles, was von jenem furchtbaren, mittelst kurzer Schläge nach Berlin führenden Kriegsplan Benedek's berichtet wurde, wird damit vollständig ins Reich der Fabel verwiesen. General Krizmanic berechnete in richtiger Voraussicht die auf dem östlichen Kriegstheater auftretende preussische Armee auf nahezu gleiche Stärke wie die österreichische Nordarmee. (Der österreichischen Nordarmee vindicirt er 200.000 Mann Infanterie, 23.000 Reiter, 744 Geschütze.) Trotz dieses numerischen Gleichgewichtes hielt er die österreichische Armee nicht für berechtigt, die Offensive zu ergreifen, sondern nahm die noch vor seiner Berufung an die Stelle eines Chefs der Operationskanzlei beschlossene defensive Haltung der kaiserlichen Armee im bevorstehenden Kriege als eine „wenn auch bedauerliche, so doch feststehende Thatsache“ hin. Ueber diesem Punkt spricht sich Krizmanic' Memoire wörtlich, wie folgt, aus: „Nachdem unsererseits aus politischen Gründen, um nämlich nicht als der angreifende Theil zu erscheinen, die Initiative aufgegeben und der Grundsatz aufgestellt wurde, gegenüber von Preußen jede Herausforderung zu unterlassen und mit den eigenen Rüstungen nur allmählig, nämlich nur nach Maßgabe der jenseitigen vorzuschreiten, so kann man darauf gefaßt sein, daß die preussische Armee, deren Organisation bei kanntermaßen eine raschere Mobilisirung gestattet, schlagfertig an unseren Grenzen stehe, während die österreichische Armee ihren strategischen Aufmarsch vielleicht noch nicht vollzogen, ja möglicherweise sogar ihre Kriegsorganisation noch nicht vollständig beendigt hat. Diese Lage der l. l. Armee im Beginne des Feldzuges ist unstreitig eine höchst ungünstige, allein sie muß als das Resultat eines freiwilligen Entschlusses ohne jede Discussion hingenommen werden. . . . Im Jahre 1850 hat nur die Thatsache, daß Preußen sich in den Rüstungen von uns überholten ließ, dessen Nachgiebigkeit veranlaßt und den Krieg verhütet.“ Krizmanic's Kriegsplan bewegte sich nun durchweg in der striktesten Defensive. Nirgends ist er von dem Gedanken an ein siegreiches, offenes Vorgehen durchleuchtet, überall klingt das Wort Rückzug hinter die Donau durch, sei es, je nach der Voraussetzung, auf Wien, sei es auf Komorn in Ungarn. „Selbst unter der Voraussetzung“, heißt es in dem Résumé des österreichischen Generalstabes, daß es der österreichischen Armee gelänge, ihren Aufmarsch bei Olmütz zu vollenden, — während die preussische an der Grenze sich sammelte, und unter der weiteren Annahme, daß zwischen den beiden Gegnern ein Gleichgewicht der Kraft bestehe, wies GM. Krizmanic der österreichischen Armee wieder die defensive Rolle zu, — weil Preußen den positiven Zweck verfolge und somit auch zum Angriff schreiten müsse.“ Der Hauptgedanke Krizmanic's läuft darauf hinaus, „den Gegner in einer vorbereiteten Stellung bei Olmütz zu erwarten.“ Nur nebenher zieht der Kriegsplan die Möglichkeit eines Einbrechens der preussischen Hauptarmee in Böhmen in Betracht. Ein so entschiedenes, alles Nebensächliche bei Seite lassendes Vorwärtsdrängen aber, wie es sich in der preussischen Kriegsführung kundgegeben hat, lag gänzlich außerhalb der Erwägungen des österreichischen Strategen.

(Unsicherheit.) Aus Klausenburg wird berichtet, daß dort die öffentliche Sicherheit durch eine wahrscheinlich wohlorganisirte Räuberbande sehr gefährdet ist. So wurde vorige Woche Dienstag ein wohlhabender Maurermeister Namens Szejernies in seiner Wohnung sammt seinem alten Pfleger ermordet und beraubt gefunden. Einen Tag später wurde die Wohnung des Grafen Josef Bethlen ausgeraubt.

(Auch ein Opfer.) Der „Nürnbergischer Anzeiger“ erzählt: In Straubing verurtheilte das Schwurgericht dieser Tage den Bauersohn Schmid wegen Mord- und Raubversuchs zu 20 Jahren Zuchthaus. Der Verurtheilte, nachdem er seinerseits alles gelhan hatte, um sein Opfer zu tödten, eilte nach vollbrachter That nach Alötting und opferte dort (actenmäßig!) das Nordwerkzeug, sein im Griffe stehendes Messer, der Mutter Gottes von Alötting!

(Ein guter Einfall.) Der bedauerliche Unglücksfall auf einem Berliner Bahnhofe hat auch seinen Humor gehabt. Sofort nach der Explosion sammelte sich nämlich an Ort und Stelle eine so große Menge von Menschen an, daß die Beamten sich förmlich eingeklemmt sahen. Da rief ein Schutzmann mit lauter Stimme: „Meine Herren gehen Sie zurück; es kann jeden Augenblick noch einmal losgehen!“ Das wirkte auf der Stelle. Im Umsehen war alles in durchaus respectvolle Ferne geist.

(Gräfin Danner), die Witwe des Königs Friedrich von Dänemark, ist fälschlich todt gesagt worden. Die Gräfin lebt abwechselnd in Kopenhagen oder auf einem ihrer Lustschlösser, aber in strenger Zurückgezogenheit.

(Im demokratischen Viertel St. Martin zu Paris) haben, wie die „France“ meldet, mehrere Zusammenrottungen von Gewerksarbeitern der Bannmeile stattgefunden. Diese Manifestation der Pariser Ouvriers, die über die Schließung der Fabriken erboht waren, scheint zwar, einem Telegramme zufolge, von keiner Bedeutung gewesen zu sein; der Umstand jedoch, daß Verhaftungen vorgenommen wurden, und vor allem, daß die „France“ sich genöthigt sieht, von diesen Vorfällen Notiz zu nehmen, dürfte doch auf einen etwas ernstern Charakter der „Manifestationen“ hindeuten.

(Erfreuliches Dementi.) Die gestern durch englische Blätter zu uns gelangte Nachricht, daß in einer

Northumberlandischen Kohlengrube 200 Arbeiter ertrunken seien, bestätigt sich nicht. Nur ein einziger verlor durch die einstürzenden Wasser sein Leben, die anderen hatten glücklicherweise Zeit, ihr Leben zu retten.

Locales.

Wir brauchen wohl nicht zu versichern, daß wir nicht die Absicht hatten, eine Polemik mit den „Novice“ zu eröffnen, als wir ihren Angriff auf die Amtsleitung des Herrn Bezirkshauptmanns Pajl gebührend erwiderten. Die vorgestrigen „Novice“ begeben sich abermals auf das schon so stark abgegraste Feld, ohne zu bedenken, daß ihre weitgeschweifigen Argumentationen ihre Sache um nichts besser machen und eine für die Localpolizei immer unerquicklichere Gestalt annehmen müssen. Da die „Novice“ nunmehr selbst einsehen, daß die allenfalls vorkommenden Unordnungen nicht dem zufälligen Umstande zugeschrieben werden können, daß Herr Bezirkshauptmann Pajl die Magistratsgeschäfte leitet, so fragt es sich, welchen Zweck denn die fürchterlichen Schilderungen vom Blutvergießen in der Stadt Laibach haben können? Denn die Redaction der „Laibacher Zeitung“ würde sicherlich die Schilderung so furchtbarer Localereignisse als einen erwünschten Beitrag für ihre Localrubrik aufgenommen haben, wenn ihr dieselbe von den Organen der Localpolizei geliefert worden wäre. Wir können sogar hinzufügen, daß wir uns um Mittheilung der „Polizeiberichte“ angelegentlich verwendet, dieselben jedoch trotz der vom Herrn Bezirkshauptmann diesfalls erteilten Aufträge nicht erhalten haben. Dies widerlegt hinlänglich die uns von den „Novice“ in so perfider Weise unterlegte absichtliche Unterdrückung jener, übrigens, wie wir wiederholt bemerken müssen, arg übertriebenen und multiplicirten Vorfälle. Wo ist also die perfide Tactik der „Laib. Btg.“? Und warum schlüpfen denn die „Novice“ über das Capitel der nationalen Demonstrationen so leicht hinweg, warum gehen sie nicht auf die Erörterung der Ursachen der vielfältigen Excesse ein? Hier wäre ein dankbares Feld für Commentare, die aber eben nicht zum Vortheile der früheren Magistratsleitung ausfallen dürften. Wenn die „Novice“ übrigens ihre Beweisführung auf die Alltäglichkeit von Excessen stützen wollen, so betreten sie einen gefährlichen Boden. Die Polizei hat ja eben den Zweck, Excesse durch eine genaue Aufsicht und schnelles Eingreifen zu verhüten. Daß sie diesen Zweck wenigstens bei der großen „homalija“ am Hauptplatze eben so wenig erreicht hat, als in manchen anderen Fällen, sieht ja fest, und dafür wenigstens kann die „Laib. Btg.“ nicht verantwortlich gemacht werden.

(Sinken der Bierconsumtion.) In Folge der guten Weinernte und des dadurch gestiegenen Weinconsums haben die Brüder Lambert Mayer in Krainburg, Paul Selzer in Laibach und Johann Klander in Radmannsdorf ihr Gewerbe zurückgelegt und voraussichtlich werden jene in Oberlaibach, Stein und Ludoviz ihrem Beispiele folgen.

(Unfug auf dem Friedhose.) Schon seit längerer Zeit wird dem Vernehmen nach auf dem Friedhose von St. Christoph ein Unfug ausgeübt, welchem durch Vorsichtsmassregeln endlich Einhalt gethan werden sollte. Achtung vor der geweihten Stätte der Todten! — Einerseits werden die steinernen Kreuze von den Grabsteinen abgeschlagen, andererseits von den Gütern, welche die Gräber umgeben, Messingbestandtheile abgeschraubt und verschleppt. Auch ein eiserner, feuervergoldeter Christus ist verschwunden, und ein kleines Kreuz aus cararischem Marmor ist ebenfalls entwendet worden; selbst Blumen werden von dem einen Grabhügel ausgehoben und auf einen andern überpflanzt. Es scheinen hier hoffnungsvolle Jünglinge, die ihren Meistern entlaufen, größtentheils betheiligte zu sein, und wäre eine scharfe Einprägung der Pietät, die man den Todten schuldig ist, sehr am Platze. Uebrigens laufen in Friedhofsraume auch Hunde frei herum, obgleich eine Tafel am Thor den Einlass derselben untersagt. In andern Städten, wie z. B. in Triest, herrscht in dieser Beziehung eine strenge Ordnung. Dort wird vom Thorhüter jeder Fremde bemerkt und überwacht und sogar die Stöcke müssen an der Pforte abgegeben werden. Es wird uns ferner mitgetheilt, daß Grabsteine von Familien, von deren Angehörigen niemand mehr sich hier befindet, wie wissen nicht auf wessen Veranlassung, von den Grübern entfernt und an den Steinweg abgegeben werden. Da Grabsteine jedenfalls eine bleibende Bestimmung haben, da es ferner nicht leicht ist, zu bestimmen, wann der Fall eintritt, daß niemand mehr an einem Grabe Interesse hat, so wünschten wir darüber von Seite der Friedhofsverwaltung eine Aufklärung.

(An die geehrte Handels- und Gewerbetammer.) Wenn wir nicht irren, so haben sich zwei Kammerräthe, die Herren Tönnies und Köhmann, im Auftrage der Kammer im Sommer d. J. nach Paris begeben, um die Ausstellung zu besichtigen und über die Resultate ihrer Beobachtungen im Interesse der heimischen Industrie, wie auch anderwärts geschoben, zu berichten. Wir erlauben uns demnach im Interesse des Publicums die höfliche Frage zu stellen: welches die Ergebnisse der gedachten Reise gewesen, auf deren Bekanntgabe wir mit Spannung harren.

** (Turnerkneipe.) Morgen Abend zur gewöhnlichen Zeit findet, wie bereits erwähnt, die erste diesjährige Turnerkneipe im Fischer'schen Locale statt. Es wird den Herren Mitgliedern des Turnvereins, die noch nicht am Turn-

Platz erschienen sind, der bereits fleißig thätige neu gewonnene Turnlehrer vorgestellt werden, und für die weitere Unterhaltung werden, wie wir hören, altbewährte Kräfte ihr möglichstes aufbieten.

(Steierische Escomptebank.) Um das Stammcapital der steierischen Escomptebank zu vergrößern, wird dieselbe 1500 Actien zu 200 fl. neu hinausgeben. Die Subscription findet Ende dieses Monats in Graz, Marburg, Laibach und Klagenfurt statt.

Correspondenz.

XX Laas, 7. November. Im Abendblatte der „Neuen Freien Presse“ vom 30. October d. J., Nr. 1137, finde ich zu meinem nicht geringen Erstaunen unter den 38 Gemeindefrauen, welche Petitionen gegen die Aufhebung des Concordates an das Herrenhaus übersendend haben, auch die Gemeinde Laas angeführt. Eine solche Petition kann nach meiner Auffassung nur dann von der Gemeinde ausgehen, wenn sie das Resultat eines Majoritätsbeschlusses des Gemeindeausschusses ist. Dagegen erkläre ich und die Majorität der Ausschusmitglieder, daß die Concordatsfrage in keiner Sitzung in Anregung gebracht, viel weniger eine Petition um Beibehaltung des Concordates zum Beschluß erhoben wurde. Daher bleibt die Frage offen, wer diese Petition im Namen der Gemeinde Laas geliefert hat? Diese Frage zu lösen, wäre sehr erwünscht.

Neueste Post.

Wien, 7. November. In der Herrenhausitzung wurde das Staatsgrundgesetz über die richterliche Gewalt mit der Abänderung der Commission, wonach der Wirkungskreis der Militärgerichte einer besondern Gesetzgebung vorbehalten bleibt, sonst nach der Fassung des Unterhauses und die Schwurgerichte im Sinne des Ausschusses angenommen. — Die „Wiener Correspondenz“ vernimmt von guter Seite, Baron Hübnert sei von Rom abberufen. Die Wahl des Nachfolgers scheint bereits entschieden aber nicht vollzogen.

Wien, 6. November. Der Ausschuss, welcher über den Bericht der Ausgleichsdeputation mit Ungarn niedergesetzt wurde, hat seine Sitzungen wieder aufgenommen und verhandelte heute über den Gesetzentwurf, betreffend den Abschluß des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn. Vorerst war es die Dauer des Vertrages und der Termin, binnen welchem derselbe kündbar sein soll, welche in die Debatte gezogen wurden. Nachdem der Abgeordnete Winterstein seinen bereits früher im Principe angenommenen Antrag formulirt vorgelegt hatte, beantragt Abgeordneter Stene, es habe der Kündigungsstermin bereits nach drei Jahren einzutreten. Dieser Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Bei Art. 11, welcher die Bestimmungen über die Ueberwachung der Controle bei Einhebung der directen Steuer enthält, beantragt Abgeordneter v. Plener eine Abänderung, welche dahin zielt, daß die Controle nicht in bestimmten Zeiträumen, sondern wann es immer angemessen gefunden werde, vorgenommen werden kann. Sowohl dieser Antrag, als auch der des Abgeordneten Winterstein, daß der letzte Satz in diesem Artikel lauten solle: „Die zu diesem Zwecke bestimmten Organe sind vom Finanzminister des andern Theiles mit der nothwendigen Beglaubigung zu versehen“, wird von der Majorität des Ausschusses angenommen.

Telegramme.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 7. Nov. Abends. Se. Majestät der Kaiser, durch den Bürgermeister, die Bureau der beiden Häuser des Reichsrathes, die Minister und die Spitzen der Behörden am Westbahnhof feierlich empfangen, sind um 5 Uhr in der Hofburg eingetroffen. Der Kaiser trug Feldmarschalluniform. Trotz des stürmischen Wetters waren die Straßen von Menschen bedeckt, die Häuser decorirt, Fenster offen und beleuchtet. Der Empfang war sehr lebhaft.

Börsenbericht.

Wien, 6. November. Der Aufschwung, welchen heute der Effectenmarkt nahm, war ein allgemeiner. Bei steigender Kauflust erfuhren die meisten Papiere percentweises Aufbesserungen, während Devisen und Saluten unverändert schlossen. Geld abundant. Geschäft nicht von Belang.

Table with multiple columns: Öffentliche Schuld (A. des Staates), Actien (Nationalbank, etc.), Pfandbriefe, Lose, Cours der Geldsorten, Wechsel, etc.

West, 6. November. (Deputirtentafel.) Der dritte Redner war heute Deak. Er will die Comitete nicht zu ausschließlich administrativen Organen herabgedrückt sehen, weil sie die beste Schule des politischen Lebens sind, doch sei gegenwärtig nicht von der Regelung der Comitete, sondern von einem concreten Falle die Rede. Erlau und Hoves haben in mehr als tadelnswerther Weise gehandelt und das Verfahren der Regierung sei correct, sei Pflicht gewesen. Nach Deak sprachen noch Madarasz, Dobrzansky, Szontagh und Tisza, worauf abgestimmt wurde und eine große Majorität der Regierung das Vertrauen des Hauses votirte.

Agram, 6. Nov. (N. Fr. Pr.) Der Redacteur des früheren „Bozor“ wurde in heutiger Schlußverhandlung zu einem Monat Arrest und eintausend Gulden Cautionsverlust verurtheilt. Der Verurtheilte hat sich die Berufung vorbehalten. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Arrest und zweitausend Gulden Cautionsverlust.

Berlin, 6. November. Die „Provinzialcorrespondenz“ schreibt: Die preussische Regierung, welche in der bisherigen Entwicklung der italienischen Angelegenheit ihr Interesse vorzugsweise der Erhaltung des Friedens gewidmet hat, wird ihre Wünsche und Rathschläge in derselben Richtung auch ferner geltend machen. — Der König wird am 13. d. M. von den Ketzinger Jagden zurückkehren und am 17. oder 18. November den Landtag eröffnen. — Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die Nachricht der hiesigen Blätter von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Freiherrn v. Beust mit dem Grafen Bismarck wird in unterrichteten Kreisen für unbegründet erklärt.

München, 6. November. Der Kaiser von Oesterreich und der König von Baiern haben nach 7 Uhr das festlich erleuchtete Hoftheater besucht und wurden von der zahlreichen Versammlung mit stürmischem Jubel begrüßt. Der Kaiser trug die Uniform des bayerischen 13. Infanterieregiments, der König die Uniform seines österreichischen Regiments. — Freiherr von Beust ist um 8 1/2 Uhr hier eingetroffen.

Florenz, 6. November. Die Nazione meldet: Der Minister des Aeußeren habe an die diplomatischen Agenten Italiens im Auslande eine zweite Note in Betreff der letzten Ereignisse gerichtet. — Die Franzosen haben der Regierung die im Gefechte bei Montana von den päpstl. Truppen gefangen genommenen 1100 Garibaldianer übergeben. Man glaubt, daß auch die in früheren Gefechten gemachten Gefangenen demnächst ausgeliefert werden. — Ein Oberst der italienischen Armee hat mit dem General de Failly eine Zusammenkunft gehabt, um zu erlangen, daß diejenigen päpstlichen Unterthanen, welche in Folge der letzten Ereignisse compromittirt sind, durch die päpstliche Regierung nicht belästigt werden. de Failly versprach, zu diesem Ende seinen ganzen Einfluß anzuwenden. — Ueber Ansuchen Garibaldi's hat der amerikanische Gesandte mit Garibaldi in Varignano eine Unterredung gehabt.

Florenz, 6. November. (Tr. Ztg.) Ein Schreiben höherer garibaldinischer Officiere sagt, die Verstärkungen bei Montana, als die Garibaldianer ihre Stellung wiedergewannen und die päpstlichen Truppen sich zurückzogen, waren französische Regimenter. — Das „Diritto“ sagt: Die Franzosen übernahmen die politische und militärische Leitung in Rom. — Die „Opin.“ citirt die Nummern der am Gefechte bei Montana theilgenommenen französischen Regimenter. — Gestern fanden in Mailand Unordnungen statt, die Nationalgarde schritt ein.

Florenz, 7. November. („Tr. Ztg.“) Die französische Regierung lud die päpstliche Regierung telegraphisch ein, alle Repressalien gegen bei der Plebiszitvotirung compromittirte Personen zu verhindern. Der Kriegsminister beschloß, neuerlich zur Bildung bereits aufgelöster vierter Bataillone bei der Infanterie zu schreiten, desgleichen an einigen Orten active Truppenkörper unter Cialdini's Commando zu vereinigen.

Paris, 6. November. Der „Etandard“ meldet den Tod O'Donnell's. — Dasselbe Blatt bringt die Details über das Gefecht bei Montana. 5000 Franzosen und päpstliche Soldaten unter dem Commando der Ge-

nerale Polhes und Kanzler trafen mit beiläufig 10.000 Garibaldianern, welche sich bei Montana verschanzten, zusammen. Nach vierstündigem Kampfe verließen die Garibaldianer das Schlachtfeld und verloren 500 Tode und Verwundete, 1600 Gefangene und 6000 Gewehre. Die Franzosen und päpstlichen Soldaten hatten bloß 150 Kampfunfähige. — Der Abend-„Moniteur“ bestätigt den Sieg von Montana und spricht bloß von päpstlichen Truppen, deren Heroismus er sehr lobt. — Die Mehrzahl der Abendblätter constatirt, daß die päpstlichen Truppen allein an dem Gefechte von Montana Theil genommen haben. Die Franzosen waren nicht daran theilhaft. — „Pays“ sagt: Unsere Nachrichten gestatten uns zu melden, daß die französischen Truppen ihren Aufenthalt in Rom nicht verlängern werden. Eine Division soll noch in Civitavecchia bleiben, um die Wirkung der energischen Haltung des Königs auf die Actionspartei abzuwarten und den Eventualitäten zu begegnen.

Paris, 7. November. (Tr. Ztg.) Der „Moniteur“ sagt: Angesichts der italienischen Nachrichten befahl der Kaiser, den Abmarsch der dritten Division, welche sich von Toulon nach Civitavecchia einschiffen sollte, abzustellen.

London, 6. November. Die „Anglo-Amerikanische Correspondenz“ meldet: Viceadmiral Tegetthoff befindet sich noch in Veracruz. — Chase wird auf Wunsch Davis' in dem Proceffe des letzteren am 2. December präsidiren.

Telegraphische Wechselcourse vom 7. November.

Spec. Metalliques 57.30. — Spec. Metalliques mit Rai- und November-Zinsen 58.80. — Spec. National Anlehen 65.80. — Bankactien 684. — Creditactien 178.40. — 1860er Staatsanlehen 82.90. — Silber 122. — London 124.20. — S. I. Ducaten 5.93.

Geschäfts-Zeitung.

Stand der im Umlaufe befindlichen Münzscheine. Der Gesamtbetrag der zu Ende October 1867 emittirten Münzscheine bestand (einschließlich der bei den städtischen Staatscassens befindlichen und der in der Versendung von einer Cassa zur andern begriffenen Vorräthe) in 11,999,798 fl. 20 kr. 8 W.

Die ungarische Creditbank hat nunmehr auch mit der Ausgabe von Cassenscheinen begonnen.

Zollbehandlung der mit arseuhaltigem Grün gefärbten Stoffe. Das jetzt erschienene Reichsgesetzblatt enthält eine Verordnung der Ministerien des Handels und der Finanzen, wonach die Anordnungen des Erlasses vom 7. December 1866 auf die im Auslande erzeugten, mit einem arseuhaltigen, auffällig schönen und lebhaften Grün gefärbten indischen Gewebe (Stoffe) ausgedehnt werden, daher solche Gewebe ohne Rücksicht auf die Menge nur bei Hauptzollämtern und nur gegen Bewilligung der politischen Landesstelle des Kronlandes, in welchem der Bezugsnehmer wohnt, der Einfuhrverzollung unterzogen werden dürfen. Diese Bestimmung hat mit dem Tage in Wirksamkeit zu treten, an welchem sie den Zollämtern bekannt wird.

Die Anglo-American Telegraph Company zeigt die lange erwartete Preis-Reduction an. Vom 1. December an beträgt der Preis für 10 Wörter (50 Buchstaben) 5 Pfd. St. 5 Sh., 5 Wörter (25 Buchstaben) für Namen und Adresse sind frei. Bei Ziffern-Depeschen werden die ersten 10 Ziffern mit 5 Pfd. St. 5 Sh. berechnet und für jede folgende wie bei gewöhnlichen Depeschen für jedes über 10 hinausgehende Wort 10 Sh. in Anrechnung gebracht.

Angelkommene Fremde.

Am 6. November. Stadt Wien. Die Herren: Semenz und Logarezzi, von Triest. Grobner, Kaufm., von Wien. — Urli, Salammacher, und Gregoric, Fleischer, von Agram. — Bogatschnig, Werksverwalter, von Toplice. — Schwarz, Director, von Kanfer. Elephant. Die Herren: Kupprecht, FML., und Opauer, Hauptmann von Graz. — Biedermann, I. f. Catastralgeometer, von Krainburg. — Salvago, und Hrl. Martelanz, von Triest. Kaiser von Oesterreich. Herr Mattori, Zahnarzt, von Medola.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Tag, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 1080 R. reduziert, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Stimmes, Niederschlag in Wiener Maß.

Nördliche Luftströmung anhaltend. Wolken sehr hoch ziehend. Erster Herbsttag, an dem die mittlere Tagestemperatur unter 0° blieb. Der Boden an schattigen Stellen tagüber fest gefroren.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer.